



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 8

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 8

vom 26.2.2014

del 26/2/2014

Präsident
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann
Dr. Roberto Bizzo

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 8

vom 26.2.2014

Inhaltsverzeichnis

Beschlussvorschlag: Ratifizierung des Beschlusses der Landesregierung vom 18. Februar 2014, Nr. 146: Verfassungsgerichtshof – Anfechtung des Gesetzes vom 27. Dezember 2013, Nr. 147 (Bestimmungen über das Erstellen des jährlichen und des mehrjährigen Haushaltes des Staates – Stabilitätsgesetz 2014). Seite 1

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 8

del 26/2/2014

Indice

Proposta di deliberazione: Ratifica della deliberazione della Giunta provinciale del 18 febbraio 2014, n. 146: Corte Costituzionale – impugnazione della legge 27 dicembre 2013, n. 147 (Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato – Legge di stabilità 2014). pag. 1

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann

Ore 10.08 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach der genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung hat sich die Abgeordnete Stirner entschuldigt.

Einziges Punkt der Tagesordnung: **"Beschlussvorschlag: Ratifizierung des Beschlusses der Landesregierung vom 18. Februar 2014, Nr. 146: Verfassungsgerichtshof – Anfechtung des Gesetzes vom 27. Dezember 2013, Nr. 147 (Bestimmungen über das Erstellen des jährlichen und des mehrjährigen Haushaltes des Staates – Stabilitätsgesetz 2014)".**

Unico punto dell'ordine del giorno: **"Proposta di deliberazione: Ratifica della deliberazione della Giunta provinciale del 18 febbraio 2014, n. 146: Corte Costituzionale – impugnazione della legge 27 dicembre 2013, n. 147 (Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato – Legge di stabilità 2014)".**

Bericht/Relazione

Im ordentlichen Beiblatt Nr. 87/L zum Gesetzesanzeiger der Republik Nr. 302 vom 27. Dezember 2013 wurde das Gesetz vom 27. Dezember 2013, Nr. 147 (Bestimmungen über das Erstellen des jährlichen und des mehrjährigen Haushaltes des Staates (Stabilitätsgesetz 2014) veröffentlicht.

Dieses Gesetz, das aus einem einzigen Artikel besteht, enthält eine Reihe von Bestimmungen, die sich - direkt oder indirekt - auf die Regionen mit Sonderstatut bzw. die Autonomen Provinzen Trient und Bozen beziehen und die die Finanzautonomie der Autonomen Provinz Bozen sowie ihre Gesetzgebungsbefugnisse verletzen.

Absätze 157, 179, 431, Buchstabe b), 435, 508 e 511

In allen diesen Absätzen geht es im Wesentlichen um Mehreinnahmen steuerlicher Natur, die in die Staatskasse fließen.

Insbesondere behält Absatz 157 die Einnahmen der Ersatzsteuern laut Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzesdekretes vom 24. Dezember 2002, Nr. 282, mit Änderungen zum Gesetz erhoben mit Gesetz vom 21. Februar 2003, Nr. 27, dem Staat vor, von denen der Autonomen Provinz Bozen 9/10 zustehen. Absatz 179 behält Ersatzsteuern (laut Absatz 151), IRES (laut Absatz 177) und MwSt. (laut Absatz 178) dem Staat vor, die laut Statut der Autonomen Provinz Bozen im Ausmaß von 9/10 und, was die Mehrwertsteuer betrifft, im Ausmaß von 7/10 zustehen. Diese beiden Absätze weisen praktisch die Mehreinnahmen an Steuern des Staates dem Fonds für die strukturellen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik zu, wodurch diese praktisch dem Staat vorbehalten werden, obwohl gemäß dem Wortlaut der Bestimmung nicht die Voraussetzungen erfüllt werden, welche die Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut dafür vorsehen (Art. 9 und 10 Gv.D. vom 16. März 1992, Nr. 268) verlangt werden.

Was die Absätze 431 Buchstabe b) und 435 angeht, handelt es sich um Vorbehalte zugunsten des Staates von Mehreinnahmen, die von der Bekämpfung der Steuerhinterziehung herrühren (analog wurde Artikel 2 Absatz 36 des GD. Vom 13. August 2011, Nr. 138 angefochten – Rekurs anhängig

unter Nr. 152/2011) und die auch für einen neuen Fonds für die Einschränkung des Steuerdrucks, der mit Wirkung ab 2014 eingerichtet wird, bestimmt sind.

Artikel 508 hingegen schreibt die bereits vom GD 138/2011 und vom Gesetzesdekret vom 6. Dezember 2011, Nr. 201, mit Änderungen mit Gesetz vom 22. Dezember 2011, Nr. 214, zum Gesetz erhoben, vorgesehenen Vorbehalte, die beide von der Autonomen Provinz Bozen bereits angefochten wurden (Rekurs Nr. 152/2011 und Nr. 40/2012), neu. Doch obwohl die Bestimmung neu formuliert wurde, zeichnet sich im Licht der Bestimmungen der Absätze 511 und 515 ab, dass sie nicht alle von Artikel 9 des Gv.D. 268/1992 verlangten Voraussetzungen erfüllt. Weiters bestimmt die Bestimmung die Vorbehalte nicht für Ziele des Ausgleichs der öffentlichen Finanzen, wie Artikel 10 desselben Gv.D. verlangt. Dies hat zur Folge, dass, auch wenn die Deckung der Verpflichtungen im Rahmen der Staatsverschuldung als ein Ziel des Ausgleichs der öffentlichen Finanzen betrachtet werden sollte, die Voraussetzung des Einvernehmens zwischen Staat und Land, so wie von den Artikeln 10 und 10-bis desselben Gv.D. 268/1992 vorgesehen, fehlen würde. Es liegt auch eine Verletzung von Artikel 136 der Verfassung vor.

Absatz 213

Dieser Absatz ändert Artikel 4 Absatz 9-bis des Gesetzesdekretes vom 31. August 2013, Nr. 101, mit Änderungen zum Gesetz erhoben mit Gesetz vom 30. Oktober 2013, Nr. 135. Zwecks Einhaltung des internen Stabilitätspakts wird vorgesehen, dass die lokalen Körperschaften der Regionen mit Sonderstatut sämtliche Personalkosten abzüglich allfälliger Beiträge seitens der Region berechnen.

Bei dieser Bestimmung handelt es sich um eine Detailbestimmung, die an die lokalen Körperschaften der Regionen mit Sonderstatut gerichtet ist, so dass anzunehmen ist, dass sie auch an die Autonome Provinz Bozen und ihre lokalen Körperschaften gerichtet ist. Dies würde zum einen die Zuständigkeiten der Provinz bezüglich der Verpflichtungen in Hinsicht auf den Stabilitätspakt und auf die Koordinierungsbefugnisse gegenüber der lokalen Körperschaften im Sinne von Artikel 79 Absatz 3 des Statuts, aber auch einen Eingriff auf die primäre Gesetzgebungsbefugnis auf dem Sachgebiet der Ämterordnung und des entsprechenden Personals bedeuten.

Absätze 429, 481, 526 e 527

Diese Absätze sehen zusätzliche Beiträge der Provinz an die öffentlichen Finanzen vor, sowohl in Bezug auf die Verbesserung des Stabilitätspakts (Absatz 429 in Zusammenhang mit dem ersten Satz von Absatz 427), als auch durch weitere Rücklagen auf die Beteiligungsquoten an staatlichen Steuern (Absatz 526 in Zusammenhang mit Absatz 527 und Absatz 481), in Verletzung von Artikel 79 des Autonomiestatuts für Trentino Südtirol (D.P.R vom 31. August 1972, Nr. 670) und dem einvernehmlichen Verfahren laut Artikel 27 des Gesetzes vom 5. Mai 2009, Nr. 42. Insbesondere sieht Artikel 481 Kürzungen in der Finanzierung des staatlichen Gesundheitsdienstes vor und dass diese Kürzungen auf die Regionen und autonomen Provinzen Trient und Bozen aufgeteilt wird, obwohl die Autonome Provinz Bozen nicht an der Aufteilung des staatlichen Gesundheitsfonds beteiligt ist.

Absätze 499, 500, 502, 504

Absatz 499 ändert Artikel 1 Absatz 454 des Gesetzes vom 24. Dezember 2012, Nr. 228, und, obwohl in der Einleitung unter anderen die Autonome Provinz Bozen ausdrücklich ausgeschlossen wird, wird zu ihren Lasten die Mitwirkung an der Umsetzung der Ziele der öffentlichen Finanzen durch Reduzierung der Gesamtheit der Endausgaben in eurokompatibler Kompetenz laut Endabrechnung 2011 im Ausmaß von 26 Millionen Euro für das Jahr 2014 und von 35 Millionen Euro für die Jahre 2015-2017 vorgesehen.

Die Absätze 500, 502 und 504 ändern hingegen Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 2012, Nr. 228, in Sachen Beteiligung an den Zielen der öffentlichen Finanzen, Einhaltung der Ziele der öffentlichen Finanzen und entsprechenden Strafen. Bezüglich dieser Bestimmungen hat die Autonome Provinz Bozen bereits die Verfassungsmäßigkeitsfrage aufgeworfen. Der entsprechende Rekurs behängt vor dem Verfassungsgerichtshof unter der Nr. 30/2013.

Absätze 711, 712 e 729

Während Absatz 711 den Gemeinden der Regionen mit Normalstatut, der Region Sizilien und der Region Sardinien eine effektive Entschädigung für die verminderten Einnahmen der gemeindeeigenen Steuer laut Artikel 13 Absatz 1 GD. 201/2011, gewährleistet, wird für die Gemeinden der Regionen mit Sonderstatut Friaul-Julisch Venetien und Aostatal sowie für die

autonomen Provinzen Trient und Bozen, die Zuständigkeiten auf dem Sachgebiet der Lokalfinanzen haben, vorgesehen, dass der Ausgleich der verminderten Einnahmen ausschließlich durch eine um 5,8 Millionen Euro reduzierte Rücklage auf die Beteiligung an den staatlichen Steuereinnahmen erfolgt.

Der darauffolgende Absatz 712 enthält einen heimtückischen Mechanismus, da vorgesehen wird, dass bei der Festlegung des Ausmaßes der Rücklagen zu Lasten der Autonomen Provinz Bozen für die Zwecke laut Artikel 13 Absatz 17 GD. 201/2011 von den Mindereinnahmen aus der IMU durch die mit den staatlichen Bestimmungen eingeführten Erleichterungen abgesehen wird. Somit führt der Staat zwar Befreiungen ein, die die IMU-Einnahmen senken, gleichzeitig werden aber die Rücklagen zu Lasten der Autonomen Provinz Bozen so festgelegt, als wäre keine Befreiung eingeführt worden.

Absatz 729, der Artikel 1 Absatz 380 G. 228/2012 ändert, sieht vor, dass Artikel 13 Absatz 17 GD. 201/2011 in den Gebieten der Regionen Friaul-Julisch Venetien und Aostatal sowie in den autonomen Provinzen Trient und Bozen weiterhin Anwendung findet.

Damit wird praktisch der von Artikel 13 Absatz 17 des Gesetzesdekretes vom 6. Dezember 2011, Nr. 201, vorgesehene Mechanismus, der bereits angefochten wurde (Rekurs Nr. 40/2012), neu aufgelegt. Somit wird bis zum Erlass der Durchführungsbestimmungen aufgrund des Delegierungsgesetzes über den Steuerföderalismus (Art. 27 des Gesetzes vom 5. Mai 2009, Nr. 42), ein Betrag, der den geschätzten Mehreinnahmen entspricht, zugunsten des Staatshaushaltes zurückgelegt.

Absatz 55

Absatz 55 sieht schließlich vor, dass für die Jahre 2014, 2015 und 2016 vom System der Handels-Industrie und Landwirtschaftskammern jährlich eine Summe von 70 Millionen Euro zur Unterstützung des Zugangs Krediten von Seiten der kleinen und mittleren Unternehmen mittels Stärkung der Kreditbürgschaftsgenossenschaften bestimmt wird; dies ohne Erhöhung der Handelsregistergebühren.

Der 6. Titel des Autonomiestatuts erkennt der Region Trentino Südtirol und den Autonomen Provinzen von Trient und Bozen eine besondere Finanzautonomie zu.

Mit der Vereinbarung von Mailand aus dem Jahre 2009 haben die Region Trentino-Südtirol und die autonomen Provinzen von Trient und Bozen mit der Regierung die Änderung des VI. Abschnittes des Autonomiestatuts, welcher eben die Finanzbestimmungen enthält, gemäß dem von Artikel 104 desselben Statuts vorgesehenen, verstärkten Verfahren vereinbart.

Dieses Einvernehmen hat laut Artikel 2 Absätze von 106 bis 126 des Gesetzes vom 23. Dezember 2009, Nr. 191 (Finanzgesetz 2010) zu einem neuen System der Beziehungen zum Staat im Bereich Finanzen, auch in Durchführung des Umgestaltungsprozesses in Richtung Föderalismus auf der Grundlage des Gesetzes vom 5. Mai 2009, Nr. 42 (Delegierung der Regierung auf dem Gebiet des Steuerföderalismus, in Durchführung von Artikel 119 der Verfassung), geführt. In Absatz 106 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Bestimmungen in den Absätzen 107 bis 125 im Sinne und für die Wirkungen des Artikels 104 des Autonomiestatuts genehmigt sind, weshalb die besagten statutarischen Maßstäbe und die dazu erlassenen Bestimmungen berücksichtigt werden müssen.

Der statutarische Rahmen auf dem Gebiet der Finanzen ist unter anderem dadurch charakterisiert, dass ausdrücklich vorgesehen wird, dass sich die Region und die autonomen Provinzen an der Verwirklichung der Ausgleichs- und Solidaritätsgrundsätze sowie zur Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen, die von der gemeinschaftlichen Ordnung, vom internen Stabilitätspakt und von anderen, in staatlichen Vorschriften vorgesehenen Maßnahmen zur Koordinierung der öffentlichen Finanzen herrühren, beitragen.

Es wird ausdrücklich vorgesehen, dass in der Provinz nur die Bestimmungen über die Verwirklichung der Ziele des Finanzausgleichs und der Solidarität sowie über die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem internen Stabilitätspakt, die vom Autonomiestatut vorgesehen sind, Anwendung finden und nicht auch die staatlichen Bestimmungen über die Verwirklichung dieser Ziele, so dass die für die Regionen und anderen Körperschaften des restlichen Staatsgebietes vorgesehenen Maßnahmen keine Anwendung finden.

Insbesondere definiert Artikel 79 die Grenzen und die Modalitäten des Beitrags der autonomen Provinzen zur Verwirklichung der Ziele des Finanzausgleichs und der Solidarität sowie zur Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen, die von der gemeinschaftlichen Ordnung, vom internen

Stabilitätspakt und von anderen, in staatlichen Vorschriften vorgesehenen Maßnahmen zur Koordinierung der öffentlichen Finanzen herrühren. Unbeschadet der allgemeinen Ziele der öffentlichen Finanzen, sieht Absatz 3 vor, dass die Provinz mit dem Minister für Wirtschaft und Finanzen die aus dem internen Stabilitätspakt erwachsenden Verpflichtungen vereinbart und dass es der Provinz zusteht, die aus dem internen Stabilitätspakt resultierenden Verpflichtungen festzulegen und die Koordinierungsbefugnisse gegenüber den örtlichen Körperschaften, den eigenen Anstalten und sonstigen instrumentalen Einrichtungen, die von ihr auf ordentlichem Wege finanziert werden, wahrzunehmen. In diesem Zusammenhang wird weiters festgelegt, dass die für die Regionen und die anderen Körperschaften im restlichen Staatsgebiet ergriffenen Maßnahmen keine Anwendung finden. Weiters besagt Absatz 4, dass die staatlichen Bestimmungen über die Verwirklichung der Ziele des Finanzausgleichs und der Solidarität sowie über die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem internen Stabilitätspakt bezüglich der Provinz keine Anwendung finden und auf jeden Fall durch die Bestimmungen des Artikels 79 ersetzt sind.

Laut Artikel 75 des Autonomiestatuts werden den autonomen Provinzen die in ihrem Gebiet eingehobenen Anteile am Ertrag der Steuereinnahmen des Staates zu (Register- und Stempelsteuern sowie der Gebühren für staatliche Konzessionen, Steuer auf den Verbrauch von Tabakwaren, Mehrwertsteuer, Akzise auf Benzin, auf das als Kraftstoff verwendete Gasöl und auf das als Kraftstoff verwendete Flüssiggas sowie Akzisen auf andere energetische Produkte, die dort konsumiert werden) und auf jeden Fall neun Zehntel aller anderen direkten oder indirekten, wie immer benannten Einnahmen aus Staatssteuern, die nicht bereits angeführt wurden, zuerkannt.

Außerdem sieht Artikel 75-bis des Autonomiestatuts vor, dass im Betrag der der Region und den Provinzen abgetretenen Anteile der Steuereinnahmen des Staates auch die Einnahmen inbegriffen sind, die das Regional- oder Landesgebiet betreffen und in Durchführung von gesetzlichen oder Verwaltungsbestimmungen Ämtern außerhalb des Gebietes der Region oder der jeweiligen Provinz zufließen.

Artikel 80 des Autonomiestatuts, so wie durch Artikel 1 Absatz 518 des hier angefochtenen Gesetzes erkennt den autonomen Provinzen von Trient und Bozen primäre gesetzgeberische Zuständigkeit auf dem Gebiet der Lokalfinanzen zu.

Artikel 81 Absatz 2 des Autonomiestatuts sieht außerdem vor, dass, um die Gemeinden finanziell in die Lage zu versetzen, den Zielsetzungen gerecht zu werden und die gesetzlich festgelegten Befugnisse auszuüben, die Provinzen Trient und Bozen den Gemeinden geeignete finanzielle Mittel entrichten, die zwischen dem jeweiligen Landeshauptmann und einer einheitlichen Vertretung der betreffenden Gemeinden zu vereinbaren sind.

Artikel 82 des Autonomiestatuts sieht vor, dass die Feststellung der Steuern auf dem Gebiet der Provinzen aufgrund von Leitlinien und strategischen Zielen erfolgt, die durch Einvernehmen zwischen jeder Provinz und dem Minister für Wirtschaft und Finanzen und durch nachfolgende operative Vereinbarungen mit den Steueragenturen festgelegt werden.

Artikel 83 des Autonomiestatuts sieht außerdem vor, dass die Region, die Provinzen und die Gemeinden einen eigenen Haushalt haben und dass die Region und die autonomen Provinzen die eigene Gesetzgebung der staatlichen Gesetzgebung auf dem Sachgebiet Harmonisierung der öffentlichen Haushalte anpassen. Und laut Artikel 16 des Gv.D. vom 16. März 1992, Nr. 268 (Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für Trentino-Südtirol über das Finanzwesen auf regionaler und provinzieller Ebene), steht es den autonomen Provinzen zu, Bestimmungen auf dem Sachgebiet der Haushalte, der Rechnungslegungen, der Vermögensverwaltung und der Verträge derselben und der von diesen abhängigen Körperschaften und Anstalten zu erlassen.

Diese Durchführungsbestimmungen regeln auch taxativ (Verfassungsgerichtshof, Urteile Nr. 182/2010 und Nr. 142/2012, zuletzt bekräftigt mit Urteil Nr. 241/2012) die Fälle, in denen Steuererträge dem Staat vorbehalten sind (Artikel 9, 10 und 10-bis) und enthalten spezifische Bestimmungen bezüglich der Festlegung der Staatssteuern (Artikel 13) sowie die Zuerkennung und die Ausübung der Aufgaben auf dem Sachgebiet Lokalfinanzen seitens der autonomen Provinzen (Artikel 17, 18 und 19).

Die Regelung der Beziehungen zwischen dem Staat und den Sonderautonomien auf dem Gebiet der Finanzen ist vom Grundsatz der Einvernehmlichkeit geprägt (Verfassungsgerichtshof, Urteile Nr. 82/2007, Nr. 353/2004, Nr. 39/1984, Nr. 98/2000).

Insbondere, was die autonomen Provinzen von Trient und Bozen betrifft, hat der Verfassungsgerichtshof, mit Urteil Nr. 133/2010, den Grundsatz des Einvernehmens, der die Beziehungen zwischen Staat, Region Trentino Südtirol und autonome Provinzen auf dem Gebiet der Finanzen regelt, bekräftigt: „Per quanto riguarda la Provincia autonoma di Trento, bisogna osservare che l'autonomia finanziaria della Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol è disciplinata dal Titolo VI dello statuto speciale. Negli articoli che vanno da 69 a 86 di tale statuto sono regolati i rapporti finanziari tra lo Stato, la Regione e le Province autonome, comprese le quote di compartecipazione ai tributi erariali. Inoltre, il primo comma dell'art. 104 dello stesso statuto stabilisce che «Fermo quanto disposto dall'articolo 103 le norme del titolo VI e quelle dell'art. 13 possono essere modificate con legge ordinaria dello Stato su concorde richiesta del Governo e, per quanto di rispettiva competenza, della regione o delle due province». Il richiamato art. 103 prevede, a sua volta, che le modifiche statutarie debbano avvenire con il procedimento previsto per le leggi costituzionali. Dalle disposizioni citate si deduce che l'art. 104 dello statuto speciale, consentendo una modifica delle norme relative all'autonomia finanziaria su concorde richiesta del Governo, della Regione o delle Province, introduce una deroga alla regola prevista dall'art. 103, che impone il procedimento di revisione costituzionale per le modifiche statutarie, abilitando la legge ordinaria a conseguire tale scopo, purché sia rispettato il principio consensuale. In merito alla norma censurata nel presente giudizio, è indubbio che essa incida sui rapporti finanziari intercorrenti tra lo Stato, la Regione e le Province autonome, per i motivi già illustrati nel paragrafo precedente a proposito della Regione Valle d'Aosta, e che pertanto avrebbe dovuto essere approvata con il procedimento previsto dal citato art. 104 dello statuto speciale, ove è richiesto il necessario accordo preventivo di Stato e Regione. Di conseguenza, deve ritenersi che i periodi secondo, terzo e quarto del comma 5 dell'art. 9-bis sono costituzionalmente illegittimi, nella parte in cui si applicano anche alla Provincia autonoma di Trento. La conclusione appena enunciata deve estendersi anche alla Provincia autonoma di Bolzano, in base alla giurisprudenza di questa Corte, secondo cui la dichiarazione di illegittimità costituzionale di una norma statale, a seguito del ricorso di una Provincia autonoma, qualora sia basata sulla violazione del sistema statutario della Regione Trentino-Alto Adige, deve estendere la sua efficacia anche all'altra (ex plurimis, sentenze n. 341 e n. 334 del 2009).“

Es ist offensichtlich, dass die besagten Bestimmungen die Gesamtheit der Bestimmungen ändert, die im Jahre 2009 von der Region Trentino-Südtirol und den autonomen Provinzen von Trient und Bozen mit der Regierung vereinbart wurden, um ihren Beitrag an den Zielsetzungen der öffentlichen Finanzen und um die Umsetzung des s.g. Steuerföderalismus zu definieren.

Diese staatliche Bestimmungen, die noch dazu in einem ordentlichen Gesetz und somit in einer ordentlicher Rechtsquelle enthalten sind, bringen substantielle Änderungen von Bestimmungen des Autonomiestatus, von Durchführungsbestimmungen und von Bestimmungen des Statuts auf dem Gebiet der Finanzen mit sich, ohne dass die paritätischen Verfahren - wie sie von den Artikeln 103, 104 und 107 des Autonomiestatus vorgesehen sind – eingehalten wurden, wodurch die entsprechenden Parameter verletzt werden.

Sicherlich können mit diesen Bestimmungen, eben weil es sich um eine ordentliche Rechtsquelle handelt, die auf keinem Einvernehmen basiert, nicht ranghöhere Rechtsquellen, so wie es die Bestimmungen, die im Sinne der Artikel 104 und 107 des Autonomiestatuts erlassen wurden, geändert werden.

Und eine staatliche Regelung, welche die unverzügliche und direkte Anwendung von staatlichen Bestimmungen in der Provinz Bozen vorsieht, verletzt auch Artikel 107 des Autonomiestatuts und den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit, da dadurch die Landesordnung einseitig durch den Staat geändert wird.

Diese Bestimmungen verändern nicht nur die Höhe der Beteiligung der Autonomen Provinz Bozen zum Ausgleich der öffentlichen nationalen Finanzen, sondern verletzen auf jeden Fall den 6. Titel des Autonomiestatuts, und insbesondere Artikel 79 sowie Artikel 104 Absatz 1 desselben Autonomiestatuts, eben weil diesen keinerlei Einvernehmen oder Abkommen zwischen der Regierung und dem Land vorausgegangen ist. Artikel 104 des Autonomiestatutes besagt nämlich, dass die Bestimmungen des VI. Abschnittes des Autonomiestatuts nur auf einvernehmlichen Antrag der Regierung und, je nach Zuständigkeit, der Region oder der beiden Provinzen mit

einfachem Staatsgesetz abgeändert werden können (siehe Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 133/2010).

Der Verfassungsgerichtshof hat zum einen geklärt, dass nur jene Bestimmungen, die tatsächlich wesentliche Grundsätze der Koordinierung der öffentlichen Finanzen darstellen, auch für die lokalen Autonomien verbindlich sind (anfänglich mit Urteil Nr. 169/2007 und letztlich mit Urteil Nr. 229/2011), und zum anderen, dass die vom Gesetzgeber vorgenommene Qualifizierung nicht verbindlich ist, wenn die Bestimmungen in der Substanz nicht den erklärten Charakter aufweisen (Urteil Nr. 354/1994 und vorhergehende, die in diesem genannt werden; Urteil Nr. 482/1995).

Die besagten Bestimmungen verletzen auch für jenen Teil, in welchen vorgesehen wird, dass die allgemeine Regelung auch in der Provinz Bozen direkt und sofort Anwendung findet, sollte kein Einvernehmen innerhalb der festgesetzten Fristen hergestellt werden, die Artikel 79 und 83 des Autonomiestatuts, so wie sie gemäß dem Verfahren laut Artikel 104 des Autonomiestatuts geändert wurden, sowie die Artikel 2 und 4 Gv.D. Nr. 266/1992, insbesondere was die weitere Anwendung der Landesordnung angeht; dies auch in Zusammenhang mit Artikel 16 Gv.D. Nr. 268/1992. Die Relevanz dieser Bestimmungen als Parameter für ein Verfassungsmäßigkeitsverfahren ist von der einschlägigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes anerkannt worden. Dieser vertritt die Auffassung, dass auch die Durchführungsbestimmungen zum Statut (im konkreten Fall, Gv.D. 268/1992) so wie die Bestimmungen des Statuts selbst, und auch jene Bestimmungen, die gemäß dem besonderen Verfahren laut Artikel 104 zur Änderung und Ergänzung des 6. Titels des Statuts erlassen wurden, als Parameter herangezogen werden können (für alle, Urteil Nr. 263/2005, welches in Punkt 4 der Rechtserwägungen auf die Urteil Nr. 36, Nr. 356 und Nr. 366 aus dem Jahre 1992, Nr. 165/1994, Nr. 458/1995, Nr. 520/2000, Nr. 334 und Nr. 419 aus dem Jahre 2001, sowie Nr. 28 und Nr. 267 aus dem Jahre 2003 verweist).

Auch ist es nicht rechtens, Mehreinnahmen steuerlicher Natur, die das Landesgebiet betreffen, der Staatskasse vorzubehalten, weil mit Bestimmungen einfacher Gesetze nicht einseitig Bestimmungen, die paritätisch im Sinne der Artikel 103, 104 und 107 des Autonomiestatuts ausgearbeitet wurden, geändert werden können.

Artikel 2 Absatz 108 des Gesetzes vom 23. Dezember 2009, Nr. 191 (Finanzgesetz 2010), der im Sinne und für die Wirkungen des Artikels 104 des Autonomiestatuts genehmigt wurde, wie in Artikel 2 Absatz 106 des Gesetzes Nr. 191/2009 festgehalten ist, bestimmt, dass die der Region Trentino Südtirol und den autonomen Provinzen Trient und Bozen im Sinne der Artikel 69, 70 und 75 des Autonomiestatuts zustehenden Anteile an den staatlichen Steuereinnahmen für die Steuern, die Gegenstand eines vereinheitlichten Zahlungssystems oder einer Kompensation sind, ab 1. Jänner 2011 von der Steuerverwaltungsstelle laut Artikel 22 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 9. Juli 1997, Nr. 241, und für die anderen Steuern von den Subjekten, bei welchen sie eingehen, direkt an die Region und die autonomen Provinzen auf das beim provinziellen Schatzamt des Staates auf deren Namen eingerichtete zinslose Konto überwiesen werden, und zwar in der Art und Weise und innerhalb des Zeitraumes, die mit einem eigenen Dekret des Ministers für Wirtschaft und Finanzen festgesetzt werden, der dieses im Einvernehmen mit der Region und den autonomen Provinzen erlässt. Mit dem Ministerialdekret vom 20. Juli 2011 wurde die Bestimmung nach Absatz 108 durchgeführt.

Der Verfassungsgerichtshof hat des Öfteren festgehalten (Urteile Nr. 437 und 337 von 2001, Nr. 507/2000 und Nr. 138/1999), dass Finanzmaßnahmen auch Reduzierungen der Verfügbarkeiten der Regionen mit sich bringen können; Voraussetzung ist allerdings, dass diese keine Unausgeglichenheit mit sich bringen, die mit den Gesamtbedürfnissen der regionalen Ausgaben unvereinbar sind und schlussendlich die finanziellen Mittel, die die Region benötigt, um ihre Aufgaben wahrzunehmen, unzureichend sind (Urteile Nr. 431, Nr. 381, Nr. 29 und Nr. 17 von 2004).

Die Bestimmungen des Gesetzes 147/2013, die darauf abzielen, die höheren Ziele der öffentlichen Finanzen zu erreichen, erfüllen nicht die Voraussetzungen, um den Ertrag aus Erhöhungen von Steuersätzen oder aus der Einführung neuer Steuern dem Staat im Sinne von Artikel 9 Gv.D. 268/1992 vorzubehalten. Auch verletzen sie den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit, den Grundsatz der Einvernehmlichkeit und die paritätischen Mechanismen, so wie sie in den Artikeln 10 und 10-bis desselben Gv.D. und in Artikel 79 des Autonomiestatuts festgehalten sind. Darin sind

ausdrücklich die Modalitäten des Beitrags der autonomen Provinzen zur Erreichung der finanzpolitischen Ziele festgelegt.

Aufgrund der Artikel 8 und 9 des Autonomiestatuts hat die Provinz ausschließliche und konkurrierende Gesetzgebungsbefugnisse.

Im Spezifischen sind die Gesetzgebungsbefugnisse und die entsprechenden Verwaltungsbefugnisse (Art. 16) auf den Sachgebieten Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals (Art. 8 Nr. 1), Lokalfinanzen (Artt. 80 und 81) Hygiene und Gesundheit (Art. 9 Nr. 10) von Bedeutung.

Aufgrund von Artikel 32 Absatz 16 des Gesetzes vom 27. Dezember 1997, Nr. 449, finanziert die Autonome Provinz Bozen den Gesundheitsdienst auf ihrem Gebiet im Sinne des Artikels 34 Absatz 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 1994, Nr. 724, und des Artikels 1 Absatz 144 des Gesetzes vom 23. Dezember 1996, Nr. 662, ohne jegliche Finanzierung seitens des Staates und der Verfassungsgerichtshof hat den Grundsatz anerkannt, dass dem Staat der Erlass von Bestimmungen zur finanziellen Koordinierung nicht zusteht, wenn er an der Finanzierung der Gesundheitskosten nicht beteiligt ist (Urteile Nr. 341 von 2009 und Nr. 133 von 2010).

Was die Phase des fehlenden, fristgerechten Abschlusses des Verfahrens laut Artikel 27 des Gesetzes vom 5. Mai 2009, Nr. 42, mit der vorgesehenen Beiseitelegung auf die Beteiligung an den staatlichen Steuern bzw. der direkten Anwendung der staatlichen Bestimmungen angeht, verletzt dies die statutarische Ordnung auch unter einem anderen Gesichtspunkt.

Was die Phase der fehlenden, fristgerechten Anpassung der besagten Verfahren angeht, verletzt die vorgesehene sofortige und direkte Anwendung der staatlichen Bestimmungen die statutarische Ordnung auch unter einem anderen Gesichtspunkt.

In der statutarischen Ordnung ist keine Frist für den Erlass von „gestärkten Gesetzen“ im Sinne von Artikel 104 des Autonomiestatuts vorgesehen, die für die Änderung des derzeit gültigen Artikels 79 des Autonomiestatuts notwendig wäre. Das besondere paritätische Verfahren verlangt ein vorheriges Einvernehmen, das aufgrund seiner Natur nicht durch Fristen bedingt oder unterworfen werden kann, insbesondere dann, wenn es einseitig von einem ordentlichen Staatsgesetz vorgesehen wird.

Somit verletzt diese Regelung die statutarische Ordnung, da ohne ein Einvernehmen herzustellen, detaillierte Regeln, die unter bestimmten Bedingungen sofort anwendbar sind, aufgestellt werden; dies in Verletzung der Artikel 103, 104 und 107 des Autonomiestatuts (Verfassungsgerichtshof, Urteil Nr. 133/2010).

Auch was die Strafen wegen nicht Einhaltung des internen Stabilitätspakts für die Provinzen und die örtlichen Körperschaften ihres Territoriums angeht, kann ein ordentliches Staatsgesetz nicht einseitig deren Inhalt definieren.

Für die örtlichen Körperschaften und die Handels- Industrie und Landwirtschaftskammern ist diese Regelung auch mit den Bestimmungen des Artikels 79 Absatz 3 des Autonomiestatuts unvereinbar. Dieser behält es den Provinzen vor, für die eigenen örtlichen Körperschaften die aus dem internen Stabilitätspakt resultierenden Verpflichtungen festzulegen und die Koordinierungsbefugnisse gegenüber diesen auszuüben; dies in Bezug auf die statutarische Zuständigkeit der Provinz auf dem Sachgebiet der Lokalfinanzen (Artt. 80 und 81, sowie entsprechende Durchführungsbestimmungen laut gesetzesvertretendem Dekret vom 16. März 1992, Nr. 268).

Und angesichts der Besonderheit der gegenständlichen Bestimmungen besteht Gefahr, dass damit die Forderung der staatlichen Verwaltung legitimiert werden könnte, Mehreinnahmen steuerlicher Natur, die auf Landesebene eingenommen werden, bzw. die Einsparungen der Staatskasse vorzubehalten.

Da die besagten Bestimmungen die Finanzautonomie des Landes, die Zuständigkeiten des Landes und die Grundsätze der Vernünftigkeit und der loyalen Zusammenarbeit verletzen, hat die Landesregierung angesichts der Dringlichkeit die von Artikel 54 Absatz 1 Ziffer 7) des Autonomiestatuts vorgesehene Befugnis wahrgenommen und mit Beschluss vom 18. Februar 2014 beschlossen, diese Bestimmungen vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten.

Ich vertraue darauf, dass dieser löbliche Südtiroler Landtag die Entscheidung der Landesregierung teilt und deren Beschluss vom 18. Februar 2014 ratifiziert.

Nel Supplemento Ordinario n. 87/L alla Gazzetta Ufficiale della Repubblica n. 302 del 27 dicembre 2013 è stata pubblicata la legge 27 dicembre 2013, n. 147, recante "Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato (Legge di stabilità 2014)".

Tale legge, composta da un solo articolo, contiene una serie di disposizioni riferibili, direttamente o indirettamente, alle Regioni a statuto speciale ovvero alle Province autonome di Trento e di Bolzano, le quali sono lesivi dell'autonomia finanziaria e della competenza legislativa della Provincia autonoma di Bolzano.

Commi 157, 179, 431, lettera b), 435, 508, e 511

Tutti questi commi contengono, nella sostanza, riserve all'erario di maggiori gettiti di tributi erariali.

Nello specifico il comma 157 riserva allo Stato le entrate relative alle imposte sostitutive di cui all'articolo 2, comma 2, del decreto legge 24 dicembre 2002, n. 282, convertito in legge, con modificazioni, dalla legge 21 febbraio 2003, n. 27, delle quali alla Provincia autonoma di Bolzano competono i 9/10. Il comma 179 riserva imposte sostitutive (di cui al comma 151), IRES (di cui al comma 177) ed IVA (di cui al comma 178), di cui per Statuto spettano alla Provincia autonoma di Bolzano rispettivamente i 9/10 e, per quanto riguarda l'IVA, i 7/10. Questi due commi, in pratica, destinano il maggior gettito di tributi erariali al Fondo per interventi strutturali di politica economica, configurando in tal modo, di fatto, delle riserve all'erario che, stante la lettera della norma, non godono dei requisiti richiesti dalle norme di attuazione dello Statuto (artt. 9 e 10 del d.lgs. 16 marzo 1992, n. 268).

Quanto ai commi 431, lettera b) e 435, trattasi di riserva all'erario di maggiori entrate derivanti dal contrasto all'evasione fiscale (analogamente è stato impugnato il comma 36 dell'articolo 2 del d.l. 13 agosto 2011, n. 138 – ricorso sub n. 152/2011), anch'esse destinate ad un nuovo fondo per la riduzione della pressione fiscale, istituito a decorrere dal 2014.

Il comma 508, invece, riscrive le riserve già previste dal d.l. 138/2011 e dal decreto legge 6 dicembre 2011, n. 201, convertito in legge, con modificazioni dalla legge 22 dicembre 2011, n. 214, entrambi già oggetto di impugnazione da parte della Provincia (ricorsi pendenti sub n. 152/2011 e n. 40/2012). Nonostante la nuova formulazione della norma, alla luce delle disposizioni di cui al comma 511 emerge che essa non soddisfa tutte le condizioni previste dall'articolo 9 del d.lgs. 268/1992. Né, d'altra parte, la norma finalizza le riserve ad obiettivi di riequilibrio della finanza pubblica, come invece richiesto dall'articolo 10 dello stesso d.lgs.. Quindi, quand'anche la copertura degli oneri per il servizio del debito pubblico venisse considerata obiettivo di riequilibrio della finanza pubblica, difetterebbe comunque il requisito dell'accordo Stato-Provincia previsto dagli articoli 10 e 10-bis dello stesso d.lgs. 268/1992. Sussiste altresì la violazione dell'articolo 136 della Costituzione.

Comma 213

Con tale comma viene modificato il comma 9-bis dell'articolo 4 del decreto-legge 31 agosto 2013, n. 101, convertito, con modificazioni, dalla legge 30 ottobre 2013, n. 135. Al fine del rispetto del patto di stabilità interno prevede che gli enti territoriali delle regioni a statuto speciale calcolano il complesso delle spese per il personale al netto dell'eventuale contributo erogato dalle regioni.

Tale norma riferendosi, con disposizioni di dettaglio, agli enti territoriali delle regioni a statuto speciale, pare rivolta sia alle Province autonome che agli enti locali delle stesse. Ciò determinerebbe, quindi, da un lato la violazione della competenza della Provincia a stabilire gli obblighi relativi al patto di stabilità e a provvedere alle funzioni di coordinamento nei confronti degli enti locali, ai sensi dell'articolo 79, comma 3 dello Statuto, dall'altro una ingerenza nella competenza legislativa primaria in materia di organizzazione degli uffici e del personale.

Commi 429, 481, 526 e 527

Questi commi prevedono contributi aggiuntivi alla finanza pubblica a carico della Provincia, sia in termini di miglioramento del patto di stabilità (comma 429, letto in combinato disposto con il primo periodo del comma 427), sia mediante ulteriore accantonamento a valere sulle quote di compartecipazione ai tributi erariali (commi 526, letto in combinato disposto con il comma 527, e 481), in violazione dell'articolo 79 dello Statuto di autonomia per il Trentino Alto Adige/Südtirol (d.P.R. 31 agosto 1972, n. 670) e della procedura concordata di cui all'articolo 27 della legge 5 maggio 2009, n. 42. In particolare, il comma 481 prevede che la riduzione del livello del finanziamento del Servizio sanitario nazionale da parte dello Stato è ripartita tra le regioni e le

province autonome di Trento e di Bolzano, pur non partecipando la Provincia autonoma di Bolzano al riparto del Fondo sanitario nazionale.

Commi 499, 500, 502, 504

Il comma 499 apporta delle modifiche al comma 454 dell'articolo 1 della legge 24 dicembre 2012, n. 228, e, nonostante che nella premessa venisse espressamente esclusa, tra le altre, la Provincia autonoma di Bolzano, prevede a carico della stessa un concorso agli obiettivi di finanza pubblica mediante la riduzione del complesso delle spese finali in termini di competenza eurocompatibile risultante dal consuntivo 2011 nella misura pari a 26 milioni di euro per l'anno 2014 e pari a 35 milioni di euro per gli anni 2015-2017.

I commi 500, 502 e 504, invece, vanno a modificare i commi 455, 461 e 463 dell'articolo 1 della legge 24 dicembre 2012, n. 228, in materia di concorso agli obiettivi di finanza pubblica, verifica del rispetto degli obiettivi del patto di stabilità interno e relative sanzioni. In merito a quest'ultime disposizioni la Provincia autonoma di Bolzano ha sollevato la questione di legittimità costituzionale. Il relativo ricorso pende sub n. 30/2013.

Commi 711, 712 e 729

Il comma 711, nel mentre assicura ai comuni delle regioni a statuto ordinario, della Regione siciliana e della Regione Sardegna l'effettivo ristoro del minor gettito dell'imposta municipale propria di cui al comma 1 dell'articolo 13 d.l. 201/2011, per i comuni delle regioni a statuto speciale Friuli-Venezia Giulia e Valle d'Aosta e delle province autonome di Trento e di Bolzano aventi competenza in materia di finanza locale, la compensazione del minor gettito dell'imposta municipale propria avviene unicamente attraverso un minor accantonamento per l'importo di 5,8 milioni di euro a valere sulle quote di compartecipazione ai tributi erariali, ai sensi del comma 17 dello stesso articolo.

Inoltre, il successivo comma 712 contiene un meccanismo perverso, in quanto arriva a prevedere che l'entità degli accantonamenti da effettuare a carico della Provincia autonoma di Bolzano ai fini di cui al comma 17 dell'articolo 13 d.l. 201/2011, venga determinata a prescindere dal minor gettito IMU derivante da agevolazioni introdotte con la normativa statale. Lo Stato, in pratica, introduce esenzioni che abbattano il gettito IMU, ma applica alla Provincia autonoma di Bolzano accantonamenti come se l'esenzione non fosse stata introdotta.

Il comma 729, che apporta modificazioni al comma 380 dell'articolo 1 l. 228/2012, prevede che il comma 17 dell'articolo 13 d.l. 201/2011 continua ad applicarsi nei territori delle regioni Friuli-Venezia Giulia e Valle d'Aosta e delle province autonome di Trento e di Bolzano.

Quindi, viene reiterato il meccanismo già contestato previsto dall'articolo 13, comma 17, del decreto-legge 6 dicembre 2011, n. 201 (ricorso sub n. 40/2012), e cioè fino all'emanazione delle norme di attuazione previste dalla legge delega sul federalismo fiscale (art. 27 legge 5 maggio 2009, n. 42), è accantonato a favore del bilancio dello Stato un importo pari a tale maggior gettito stimato.

Comma 55

Infine, il comma 55 prevede che una somma pari a 70 milioni di euro per ciascuno degli anni 2014, 2015 e 2016 è destinata dal sistema delle camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura al sostegno dell'accesso al credito delle piccole e medie imprese attraverso il rafforzamento dei confidi, senza effetti di aumento sulla determinazione della misura annuale del diritto camerale.

Il Titolo VI dello Statuto speciale di autonomia riconosce alla Regione Trentino Alto Adige ed alle Province autonome di Trento e Bolzano una particolare autonomia di carattere finanziario.

Con l'Accordo di Milano del 2009, la Regione Trentino-Alto Adige e le Province autonome di Trento e di Bolzano hanno concordato con il Governo la modificazione del Titolo VI dello Statuto di autonomia, recante appunto le disposizioni di carattere finanziario, secondo la procedura rinforzata prevista dall'articolo 104 dello Statuto medesimo.

La predetta intesa ha, quindi, portato, ai sensi dell'articolo 2, commi da 106 a 126, della legge 23 dicembre 2009, n. 191 (legge finanziaria 2009), ad un nuovo sistema di relazioni finanziarie con lo Stato, anche in attuazione del processo di riforma in senso federalista contenuto nella legge 5 maggio 2009, n. 42 (Delega al Governo in materia di federalismo fiscale, in attuazione dell'articolo 119 della Costituzione). Il comma 106 ricorda espressamente che le disposizioni recate dai commi da 107 a 125 sono approvate ai sensi e per gli effetti del predetto articolo 104 dello Statuto speciale, per cui vanno rispettati i predetti parametri statutari e le relative norme interposte.

Il quadro statutario in materia finanziaria si caratterizza, tra l'altro, per la previsione espressa di una disposizione volta a disciplinare il concorso della regione e delle province autonome al conseguimento degli obiettivi di perequazione e di solidarietà, nonché all'assolvimento degli obblighi di carattere finanziario posti dall'ordinamento comunitario, dal patto di stabilità interno e dalle altre misure di coordinamento della finanza pubblica stabilite dalla normativa statale.

È previsto espressamente che nella provincia trovano applicazione le sole disposizioni sull'attuazione degli obiettivi di perequazione e di solidarietà nonché quelle relative al rispetto degli obblighi derivanti dal patto di stabilità interno previste dallo Statuto speciale e non altre definite dalla legge dello Stato, per cui non si applicano le misure adottate per le regioni e per gli altri enti nel restante territorio nazionale.

In particolare, l'articolo 79 definisce i termini e le modalità del concorso delle Province autonome al conseguimento degli obiettivi di perequazione e di solidarietà, nonché all'assolvimento degli obblighi di carattere finanziario posti dall'ordinamento comunitario, dal patto di stabilità interno e dalle altre misure di coordinamento della finanza pubblica stabilite dalla normativa statale. Fermi restando gli obiettivi complessivi di finanza pubblica, il comma 3 stabilisce che la Provincia concordi con il Ministero dell'Economia e delle finanze gli obblighi relativi al patto di stabilità interno, e attribuisce alle Province la funzione di stabilire gli obblighi relativi al patto di stabilità interno e provvedere alle funzioni di coordinamento con riferimento agli enti locali ed ai propri enti ed organismi strumentali, nonché agli altri enti ed organismi ad ordinamento provinciale finanziati dalla Provincia in via ordinaria. In tale contesto, il medesimo comma dispone che non si applicano le misure adottate per le regioni e per gli altri enti del restante territorio nazionale. Inoltre il comma 4 prevede che le disposizioni statali relative all'attuazione degli obiettivi di perequazione e di solidarietà, nonché al rispetto degli obblighi derivanti dal patto di stabilità interno, non trovano applicazione con riferimento alla Provincia e sono in ogni caso sostituite da quanto previsto dall'articolo 79.

L'articolo 75 dello Statuto attribuisce alle Province autonome le quote di gettito delle entrate tributarie dello Stato indicate dallo Statuto e percepite nei rispettivi territori (imposte di registro e di bollo, tasse di concessione governativa, imposte sul consumo dei tabacchi, imposta sul valore aggiunto, accisa sulla benzina sugli oli da gas per autotrazione e sui gas petroliferi liquefatti per autotrazione e le accise sui prodotti energetici), ed, in ogni caso, i nove decimi di tutte le entrate tributarie erariali, dirette o indirette, comunque denominate, ulteriori rispetto a quelle sopra elencate.

Inoltre, l'articolo 75-bis dello Statuto stabilisce che nell'ammontare delle quote di tributi erariali devolute alla regione ed alle province sono comprese anche le entrate afferenti all'ambito regionale e provinciale ed affluite, in attuazione di disposizioni legislative o amministrative, ad uffici situati fuori dal territorio della regione e delle rispettive province.

L'articolo 80 dello Statuto, come sostituito dall'articolo 1, comma 518, della legge qui impugnata, attribuisce alle Province autonome di Trento e di Bolzano la potestà legislativa concorrente in materia di finanza locale.

L'articolo 81, comma 2, dello Statuto prevede inoltre che, allo scopo di adeguare le finanze dei comuni al raggiungimento delle finalità ed all'esercizio delle funzioni stabilite dalle leggi, le Province autonome corrispondono ai comuni stessi idonei mezzi finanziari da concordare tra il Presidente della relativa Provincia ed una rappresentanza unitaria dei rispettivi comuni.

L'articolo 82 dello Statuto prevede che le attività di accertamento dei tributi nel territorio delle province sono svolte sulla base di indirizzi e obiettivi strategici definiti attraverso intese tra ciascuna Provincia e il Ministro dell'Economia e delle finanze e conseguenti accordi operativi con le agenzie fiscali.

L'articolo 83 dello Statuto prevede inoltre che la Regione, le Province ed i Comuni hanno un proprio bilancio per l'esercizio finanziario e che la regione e le province adeguano la propria normativa alla legislazione dello Stato in materia di armonizzazione dei bilanci pubblici. E nella normativa di attuazione statutaria alle province autonome è attribuita la potestà di emanare norme in materia di bilanci, di rendiconti, di amministrazione del patrimonio e di contratti delle medesime e degli enti da esse dipendenti (articolo 16 del d.lgs. 16 marzo 1992, n. 268 - Norme di attuazione dello statuto speciale per il Trentino – Alto Adige in materia di finanza regionale e provinciale).

Dette norme di attuazione disciplinano anche tassativamente (Corte costituzionale, sentenza n. 182 del 2010 e n. 142 del 2012, da ultimo ribadito nella sentenza n. 241/2012) le ipotesi di riserva

all'erario (articoli 9, 10 e 10-bis) e contengono specifiche disposizioni per quanto attiene l'attività di accertamento delle imposte erariali (articolo 13) e l'attribuzione e l'esercizio delle funzioni in materia di finanza locale da parte delle province autonome (articoli 17, 18, e 19).

Il regime dei rapporti finanziari tra Stato e autonomie speciali è dominato dal principio dell'accordo (Corte costituzionale, sentenze n. 82 del 2007, n. 353 del 2004, n. 39 del 1984, n. 98 del 2000).

In particolare, per le Province autonome di Trento e di Bolzano la Corte costituzionale (sentenza n. 133 del 2010) ha ribadito il principio consensuale che regola i rapporti finanziari tra lo Stato e la Regione Trentino – Alto Adige e le Province autonome: „Per quanto riguarda la Provincia autonoma di Trento, bisogna osservare che l'autonomia finanziaria della Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol è disciplinata dal Titolo VI dello statuto speciale. Negli articoli che vanno da 69 a 86 di tale statuto sono regolati i rapporti finanziari tra lo Stato, la Regione e le Province autonome, comprese le quote di compartecipazione ai tributi erariali. Inoltre, il primo comma dell'art. 104 dello stesso statuto stabilisce che «Fermo quanto disposto dall'articolo 103 le norme del titolo VI e quelle dell'art. 13 possono essere modificate con legge ordinaria dello Stato su concorde richiesta del Governo e, per quanto di rispettiva competenza, della regione o delle due province». Il richiamato art. 103 prevede, a sua volta, che le modifiche statutarie debbano avvenire con il procedimento previsto per le leggi costituzionali. Dalle disposizioni citate si deduce che l'art. 104 dello statuto speciale, consentendo una modifica delle norme relative all'autonomia finanziaria su concorde richiesta del Governo, della Regione o delle Province, introduce una deroga alla regola prevista dall'art. 103, che impone il procedimento di revisione costituzionale per le modifiche statutarie, abilitando la legge ordinaria a conseguire tale scopo, purché sia rispettato il principio consensuale. In merito alla norma censurata nel presente giudizio, è indubbio che essa incida sui rapporti finanziari intercorrenti tra lo Stato, la Regione e le Province autonome, per i motivi già illustrati nel paragrafo precedente a proposito della Regione Valle d'Aosta, e che pertanto avrebbe dovuto essere approvata con il procedimento previsto dal citato art. 104 dello statuto speciale, ove è richiesto il necessario accordo preventivo di Stato e Regione. Di conseguenza, deve ritenersi che i periodi secondo, terzo e quarto del comma 5 dell'art. 9-bis sono costituzionalmente illegittimi, nella parte in cui si applicano anche alla Provincia autonoma di Trento. La conclusione appena enunciata deve estendersi anche alla Provincia autonoma di Bolzano, in base alla giurisprudenza di questa Corte, secondo cui la dichiarazione di illegittimità costituzionale di una norma statale, a seguito del ricorso di una Provincia autonoma, qualora sia basata sulla violazione del sistema statutario della Regione Trentino-Alto Adige, deve estendere la sua efficacia anche all'altra (ex plurimis, sentenze n. 341 e n. 334 del 2009).“

È evidente che le disposizioni in questione introducono modificazioni nel complesso delle disposizioni concordate con il Governo dalla Regione Trentino – Alto Adige e dalle Province autonome nel 2009 al fine di definire il loro concorso agli obiettivi di finanza pubblica e per realizzare il processo di attuazione del c.d. federalismo fiscale.

Dette disposizioni statali sono contenute in una legge ordinaria e, quindi, in una fonte legislativa ordinaria, comportano la sostanziale modifica di norme dello Statuto speciale, di norme di attuazione statutaria, ovvero di norme autorizzate dallo Statuto in materia finanziaria, senza l'osservanza delle procedure paritetiche prescritte dagli articoli 103, 104, e 107 dello Statuto, con conseguente violazione dei predetti parametri.

Sicuramente con tali disposizioni, in quanto appunto fonte normativa ordinaria, non fondata su di un'intesa, non è abilitata a modificare fonti sovraordinate, costituite dalle norme emanate ai sensi degli articoli 104 e 107 dello Statuto speciale.

E la previsione di una disciplina statale immediatamente e direttamente applicabile in provincia di Bolzano si pone altresì in contrasto con l'articolo 107 dello Statuto speciale e con il principio di leale collaborazione, in quanto determina una modificazione unilaterale da parte dello Stato dell'ordinamento provinciale.

Queste disposizioni non solo modificano la misura del concorso della Provincia autonoma di Bolzano al riequilibrio della finanza pubblica nazionale, ma si pongono in ogni caso in contrasto con il Titolo VI dello Statuto speciale e relative norme di attuazione, ed in particolare con l'articolo 79, comma 2, nonché con l'articolo 104, comma 1, del medesimo Statuto speciale, proprio perché non sono state precedute da alcuna forma preventiva di intesa o di accordo del Governo con questa Provincia. Infatti, l'articolo 104 dello Statuto prevede che le norme del Titolo VI dello Statuto speciale possono

essere modificate con legge ordinaria dello Stato, solo su concorde richiesta del Governo e, per quanto di rispettiva competenza, della Regione o delle due Province (cfr. Corte costituzionale, sentenza n. 133 del 2010).

A riguardo la Corte Costituzionale ha chiarito, da un lato, che solo le norme effettivamente costituenti principi fondamentali del coordinamento della finanza pubblica sono vincolanti anche per le autonomie speciali (a partire dalla sentenza n. 169 del 2007, e da ultimo nella sentenza n. 229 del 2011), e dall'altro lato, che la qualificazione operata dal legislatore non è in sé vincolante qualora le norme, nella sostanza, non rivestano il carattere dichiarato (sentenza n. 354 del 1994, e precedenti ivi richiamate; sentenza n. 482 del 1995).

Le predette disposizioni, nella parte in cui prevedono l'immediata e diretta applicazione anche in provincia di Bolzano della disciplina generale, qualora l'intesa non dovesse essere raggiunta entro il termine definito, si pone anche in contrasto con gli articoli 79 e 83 dello Statuto speciale di autonomia, come modificati secondo la procedura dell'articolo 104 dello Statuto, e con gli articoli 2 e 4 d.lgs. n. 266 del 1992, con particolare riferimento alla continuità assicurata all'ordinamento provinciale, anche in combinato disposto con l'articolo 16 d.lgs. n. 268 del 1992. La rilevanza delle predette norme come parametri del giudizio di legittimità costituzionale è riconosciuta dalla consolidata giurisprudenza costituzionale, la quale ha ritenuto che, al pari delle norme statutarie, anche le norme di attuazione dello statuto speciale (come, nella specie, d.lgs. 268/1992), nonché quelle, adottate con lo speciale procedimento previsto dall'articolo 104, di modifica o di integrazione del titolo VI dello Statuto, possono essere utilizzate come parametro del giudizio di costituzionalità (per tutte sentenza n. 263 del 2005, che al punto 4 del considerato in diritto, richiama le sentenze n. 36, n. 356 e n. 366 del 1992, n. 165 del 1994, n. 458 del 1995, n. 520 del 2000, n. 334 e n. 419 del 2001 e n. 28 e n. 267 del 2003).

In ogni caso non è legittimo riservare all'Erario le maggiori entrate di natura tributaria afferenti all'ambito provinciale, perché con disposizioni di legge ordinaria non possono essere modificate unilateralmente norme definite pariteticamente ai sensi degli articoli 103, 104, e 107 dello Statuto speciale.

Il comma 108 dell'articolo 2 della legge 23 dicembre 2009, n. 191 (Legge finanziaria 2010), approvato ai sensi e per gli effetti dell'articolo 104 Statuto - come ulteriormente precisato dal comma 106 dell'articolo 2 della legge n. 191 del 2009 - dispone che le quote dei proventi erariali spettanti alla regione Trentino-Alto Adige e alle Province autonome di Trento e di Bolzano ai sensi degli articoli 69, 70 e 75 Statuto, a decorrere dal 1° gennaio 2011, sono riversate dalla struttura di gestione individuata dall'articolo 22 del decreto legislativo 9 luglio 1997, n. 241, per i tributi oggetto di versamento unificato e di compensazione, e dai soggetti a cui affluiscono, per gli altri tributi, direttamente alla regione e alle Province autonome sul conto infruttifero, intestato ai medesimi enti, istituito presso la tesoreria provinciale dello Stato, nei modi e nei tempi da definire con apposito decreto del Ministro dell'Economia e delle finanze, adottato previa intesa con la regione e le Province autonome. Con il decreto ministeriale 20 luglio 2011 è stata data attuazione al predetto comma 108.

La Corte costituzionale ha affermato più volte (sentenze n. 437 e n. 337 del 2001, n. 507 del 2000, n. 138 del 1999) che, a seguito di manovre di finanza pubblica, possono anche determinarsi riduzioni nella disponibilità finanziaria delle regioni, purché esse non siano tali da comportare uno squilibrio incompatibile con le complessive esigenze di spesa regionale e, in definitiva, rendano insufficienti i mezzi finanziari dei quali la regione stessa dispone per l'adempimento dei propri compiti (sentenza n. 431 del 2004, sentenze n. 381, n. 29 e n. 17 del 2004).

Le previsioni contenute nella l. 147/2013, in quanto destinate alle esigenze di raggiungimento degli obiettivi di finanza pubblica, non sono riconducibili alle condizioni in cui è ammessa la riserva all'erario del gettito derivante da maggiorazioni di aliquote o dall'istituzione di nuovi tributi ai sensi dell'articolo 9 d.lgs. 268/1992, né risultano rispettose del principio di leale collaborazione, del principio consensuale e dei meccanismi paritetici definiti negli articoli 10 e 10-bis del medesimo decreto legislativo e nell'articolo 79 Statuto, che definisce specificamente le modalità del concorso delle Province autonome agli obiettivi di finanza pubblica.

Questa Provincia è titolare di potestà legislativa primaria e secondaria nelle materie di cui agli articoli 8 e 9 dello Statuto.

Nello specifico la potestà legislativa e la correlativa potestà amministrative (art. 16) possono essere ricondotti alle competenze in materia di ordinamento degli uffici e del personale (art. 8, n. 1), finanza locale (artt. 80 e 81) ed igiene e sanità (art. 9, n. 10).

In forza dell'articolo 32, comma 16, della legge 27 dicembre 1997, n. 449, la Provincia autonoma di Bolzano, provvede al finanziamento del Servizio sanitario nel proprio territorio, ai sensi dell'articolo 34, comma 3, della legge 23 dicembre 1994, n. 724, e dell'articolo 1, comma 144, della legge 23 dicembre 1996, n. 662, senza alcun apporto a carico del bilancio dello Stato, e la Corte costituzionale ha riconosciuto il principio secondo il quale "lo Stato, quando non concorre al finanziamento della spesa sanitaria, neppure ha titolo per dettare norme di coordinamento finanziario" (sentenze n. 341 del 2009 e n. 133 del 2010).

Per quanto attiene alla fase della mancata conclusione in termini di cui all'articolo 27 della legge 5 maggio 2009, n. 42, con il previsto accantonamento, a valere sulle compartecipazioni ai tributi erariali ovvero l'immediata applicazione delle norme statali, è ravvisabile un contrasto con l'ordinamento statutario anche per altro profilo.

Per quanto attiene alla fase della mancata conclusione in termini delle nominate procedure, con la prevista applicazione immediata e diretta della normativa statale, è ravvisabile un contrasto con l'ordinamento statutario anche per altro profilo.

Nell'ordinamento statutario, infatti, non è previsto alcun termine per l'emanazione delle "leggi rinforzate" ai sensi dell'articolo 104 dello Statuto di autonomia, che sarebbero necessarie per modificare l'attuale articolo 79 dello Statuto di autonomia. La peculiare procedura paritetica presuppone una necessaria preventiva intesa, che per sua natura non può essere condizionata e subordinata ad alcun termine, specie se stabilito unilateralmente in una norma ordinaria statale.

Pertanto, la predetta disciplina è lesiva dell'assetto statutario in quanto definisce in assenza del prescritto accordo, regole di dettaglio immediatamente applicabili, in violazione dei citati articoli 103, 104 e 107 dello Statuto speciale (Corte costituzionale, sentenza n. 133 del 2010).

Anche per quanto attiene la definizione delle sanzioni derivanti dal mancato rispetto del patto di stabilità interno per la provincia e per gli enti locali del suo territorio, non può la legge ordinaria dello Stato definire unilateralmente il loro contenuto.

Per gli enti locali e le camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura tale disciplina è altresì incompatibile con le previsioni del predetto articolo 79, comma 3, dello Statuto di autonomia che attribuisce alla provincia autonoma il potere di definire gli obblighi relativi al patto di stabilità interno per i propri enti locali e le relative funzioni di coordinamento, in relazione alla competenza statutaria spettante alla provincia stessa in materia di finanza locale (artt. 80 e 81, e relative norme di attuazione statutaria di cui al decreto legislativo 16 marzo 1992, n. 268).

Rilevato il carattere di specialità delle norme in questione, si pone il rischio che questo possa legittimare la richiesta delle Amministrazioni statali di riservare all'erario le maggiori entrate di natura tributaria percepite nel territorio provinciale nonché le somme derivanti dalle misure di risparmio.

Essendo, quindi, le predette disposizioni lesive dell'autonomia finanziaria provinciale, delle competenze provinciali nonché dei principi di ragionevolezza e della leale collaborazione, la Giunta provinciale, stante l'urgenza, si è avvalsa del potere di cui all'articolo 54, comma 1), cifra 7), dello Statuto di autonomia e con deliberazione del 18 febbraio 2014 ha deliberato di impugnare dinanzi alla Corte Costituzionale le predette disposizioni.

Confido che codesto On.le Consiglio provinciale voglia condividere l'operato della Giunta provinciale e, quindi, ratificare la sua deliberazione del 18 febbraio 2014.

Beschlussvorschlag/Proposta di deliberazione

Nach Einsichtnahme in den Beschluss der Landesregierung Nr. 146 vom 18. Februar 2014, der im Dringlichkeitswege im Sinne des Art. 54 Ziffer 7 des Autonomiestatutes gefasst wurde und folgendes zum Inhalt hat:

Verfassungsgerichtshof – Anfechtung des Gesetzes vom 27. Dezember 2013, Nr. 147 „Bestimmungen über das Erstellen des jährlichen und des mehrjährigen Haushaltes des Staates (Stabilitätsgesetz 2014)“;

nach Einsichtnahme in Art. 54 Ziffer 7 und Art. 98 des Autonomiestatutes;

*nach Einsichtnahme in das Gesetzes vom 27. Dezember 2013, Nr. 147;
angesichts der Stichhaltigkeit der für die Anfechtung angeführten Gründe;
nach Einsichtnahme in Art. 127 der Verfassung, in Art. 10 des Verfassungsgesetzes vom 18.
Oktober 2001, Nr. 3 und in Art. 32 des Gesetzes vom 11. März 1953, Nr. 87;
nach Einsichtnahme in Art. 84 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages;
dies vorausgeschickt,*

*beschließt
der Südtiroler Landtag*

1. im Sinne und für die Wirkungen gemäß Art. 54 Ziffer 7 und Art. 98 des Autonomiestatutes die Vorgangsweise der Landesregierung zu ratifizieren, wie sie aus dem in den Prämissen erwähnten Beschluss ersichtlich ist.

Vista ed esaminata la deliberazione della Giunta provinciale n. 146 del 18 febbraio 2014, adottata in via d'urgenza ai sensi dell'art. 54, numero 7, dello Statuto di autonomia, avente per oggetto: Corte Costituzionale – impugnazione della legge 27 dicembre 2013, n. 147 "Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato (Legge di stabilità 2014)"; visti gli artt. 54, numero 7, e 98 dello Statuto di autonomia; vista la legge 27 dicembre 2013, n. 147; ritenuti validi tutti i motivi addotti a sostegno dell'impugnazione; visti l'art. 127 della Costituzione, l'art. 10 della legge costituzionale 18 ottobre 2001, n. 3 e l'art. 32 della legge 11 marzo 1953, n. 87; visto l'art. 84 del Regolamento interno del Consiglio provinciale; ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
delibera*

1. di ratificare ai sensi e per gli effetti di cui all'art. 54, numero 7, e all'art. 98 dello Statuto di autonomia l'operato della Giunta provinciale, così come posto con la deliberazione citata nelle premesse.

Im Lichte der Urteile des Verfassungsgerichtshofes Nr. 142/12 und Nr. 168/12 muss der Ratifizierungsakt des Landtages zusammen mit dem Rekurs innerhalb der vorgesehenen Frist in der Kanzlei des Verfassungsgerichtshofes hinterlegt werden. Deshalb musste dieser Sonderlandtag einberufen werden. Ich werde aber mit der Landesregierung ein Gespräch führen, denn wir waren die letzten beiden Male so nahe am Ablauf der Anfechtungsfrist von 60 Tagen, dass diese Sondersitzungen notwendig geworden sind. Wenn die Weiterleitung des Beschlusses der Landesregierung zu dessen Ratifizierung durch den Landtag etwas früher stattfinden würde, dann könnten wir dies im Rahmen der normalen Sitzungssessionen behandeln.

Ich bitte nun Landesrat Tommasini um die Erläuterung.

TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere pubbliche - Partito Democratico - Demokratische Partei): Grazie, presidente. Gentili colleghi, come avrete visto, chiediamo la ratifica della deliberazione della giunta provinciale del 18 febbraio 2014, n. 146 che ha visto l'impugnazione di fronte alla Corte Costituzionale della legge 27 dicembre 2013, riguardante le disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato, ovvero la legge di stabilità per il 2014. La legge, come avrete potuto vedere, prevede tutta una serie di commi - nella sostanza delle riserve all'erario di maggiori gettiti di tributi erariali. In particolare il comma 157 riserva allo Stato le entrate relative alle imposte sostitutive e quindi rispettivamente i 9/10 e i 7/10 dell'IVA. Questi due commi in pratica destinano il maggior gettito di tributi erariali al fondo per gli interventi strutturali e politica economica, configurando in tal modo di fatto delle riserve all'erario che, stante la lettera della norma, non godono dei requisiti richiesti dalle norme di attuazione dello Statuto. Per quanto riguarda il comma 213, con tale comma viene modificato il comma 9 bis dell'articolo 4 del decreto-legge del 31 agosto 2013. Al fine del rispetto del patto di stabilità interna prevede che gli enti territoriali delle Regioni a statuto speciale calcolino il complesso delle spese per il personale al netto dell'eventuale contributo erogato dalle Regioni. Tale norma, riferendosi con disposizioni di dettaglio agli enti territoriali delle Regioni a statuto speciale, pare rivolta sia alla Provincie autonome che agli enti locali delle stesse. Ciò determinerebbe quindi da un lato la dilazione delle competenze della Provincia a stabilire gli obblighi relativi al patto di stabilità e a provvedere alle funzioni di coordinamento nei confronti degli enti locali, ai sensi dell'articolo

79, comma 3, dello statuto, dall'altro un'ingerenza nelle competenze legislative primarie in materia di organizzazione degli uffici del personale. I commi 429, 481, 526 e 527 prevedono contributi aggiuntivi alla finanza pubblica a carico della Provincia sia in termini di miglioramento del patto di stabilità, sia mediante ulteriori accantonamenti a valere sulle quote di compartecipazione ai tributi erariali. I commi 449, 500, 502 e 504 apportano una serie di modifiche che, nonostante nelle premesse venisse espressamente esclusa tra le altre la Provincia autonoma di Bolzano, prevede a carico della stessa un concorso agli obiettivi di finanza pubblica mediante la riduzione del complesso delle spese finali, in termini di competenza euro compatibile, riguardante il conto consuntivo 2011 nella misura pari a 26 milioni di euro per l'anno 2014 e pari a 35 milioni di euro per gli anni 2015-2017. Segue tutta una serie di altri commi, che ora non leggerò tutti anche perché l'assessore alle finanze in questo caso è il presidente, ma sono specificati tutti nella delibera in oggetto, anche rispetto a tutte quelle che sono le nostre considerazioni, anche quelle rispetto alla Corte Costituzionale che già più volte è intervenuta e alla quale in questi casi, bisogna - come sapete - fare i ricorsi. Tutti i commi inseriti in questa delibera noi riteniamo che costituiscano disposizioni lesive dell'autonomia finanziaria provinciale, delle competenze provinciali, nonché dei principi di ragionevolezza e della leale collaborazione. In questo senso la giunta provinciale, stante l'urgenza dell'impugnativa, si è avvalsa del potere di cui all'articolo 54, comma 1, cifra 7, dello Statuto di autonomia e con deliberazione del 18 febbraio 2014 ha deliberato di impugnare dinnanzi alla Corte Costituzionale le predette disposizioni. Noi a questo punto confidiamo che il Consiglio provinciale voglia condividere l'operato della giunta e quindi voglia ratificare la deliberazione del 18 febbraio 2014. Grazie.

PRÄSIDENT: Gibt es Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir über den Beschlussvorschlag ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 31 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 10.18 Uhr

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

TOMMASINI (14)